Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4359**

16. Wahlperiode 21. 02. 2007

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Roland Claus, Dr. Gesine Lötzsch, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 16/4286 –

Jahresbericht Deutsche Einheit

Vorbemerkung der Fragesteller

Im Jahresbericht Deutsche Einheit 2006 wird die Attraktivität des Standortes Neue Länder mit der Investitionsförderung durch die Instrumente der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" und mit der Beseitigung des Fachkräftemangels in den neuen Ländern begründet.

1. Wie soll die Beseitigung des Fachkräftemangels vorankommen, wenn laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) die Differenz aus den 49 500 als nicht vermittelt ausgewiesenen Bewerberinnen und Bewerbern und den 15 500 unbesetzten Lehrstellen mit 34 000 am Ende des Vermittlungsjahres 2006 größer war als im Jahr zuvor (28 000)?

Die künftige Wirtschaftskraft und Innovationsfähigkeit Deutschlands wird mehr denn je von den Qualifikationen und Kompetenzen der Menschen geprägt, die in unserem Land lehren und lernen, leben und arbeiten. Internationale Analysen belegen, in welch hohem Maße das Ausbildungsniveau der Erwerbsbevölkerung die Wachstumsdynamik einer Volkswirtschaft bestimmt. Die Fachkräfteentwicklung in Deutschland ist daher von strategischer Bedeutung, vor allem im Hinblick auf die Herausforderungen der guten Konjunktur, der Globalisierung und der demographischen Entwicklung. Die aktuelle Fachkräftesituation wird unterschiedlich eingeschätzt, die duale Ausbildung ist hier nur eine Facette. Während übergreifende Arbeitsmarktanalysen zurückhaltend urteilen, gibt es Branchen, die auf ernsthafte Engpässe hinweisen, beispielsweise bei Ingenieuren und IT-Fachkräften. Im Vordergrund der politischen Maßnahmen stehen daher die Anpassung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere eine Leistungsanreize erzeugende Steuerpolitik, ein Abbau hemmender Regulierungen, insbesondere für den Mittelstand, sowie ein leistungsfähiges Bildungssystem. Hierzu leisten die Wirtschaft und der Bund mit dem Ausbildungspakt einen hervorragenden Beitrag.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 20. Februar 2007 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Bei der in der Frage zitierten „Lehrstellenlücke“ handelt es sich um die rein rechnerische Gegenüberstellung von an einem Stichtag noch nicht vermittelten, bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) registrierten Bewerberinnen und Bewerbern und den bei der BA noch als besetzbar gemeldeten dualen Ausbildungsplätzen. Da die Zahl der registrierten Bewerber die Zahl der gemeldeten Ausbildungsplätze übersteigt, kann aus dieser rechnerischen Lücke gerade nicht auf einen Fachkräftemangel geschlossen werden.

2. Wie wird sich das im Jahresbericht Deutsche Einheit genannte zentrale Element der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in den neuen Ländern gestalten, wenn im Bundeshaushalt 2007 die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ von 694 Mio. Euro auf 644 Mio. Euro gekürzt werden?

Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen durch eine Verbesserung der Wachstumsbedingungen, Abbau von Strukturschwächen und Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit ist die zentrale Zielstellung der Bundesregierung für die neuen Länder. Dazu bedarf es in erster Linie einer Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen. Darüber hinaus hält die Bundesregierung an einer breiten Förderpolitik fest. Die Schwerpunkte in der Förderpolitik liegen auf der Förderung von Investitionen und Innovationen, einem bedarfsgerechten Ausbau der Infrastruktur und zunehmend auch der Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft. Es ist nicht möglich eine Aussage darüber zu treffen, wie sich im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ die Mittelkürzung von 50 Mio. Euro auf die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen auswirkt.

Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ist ein auch in Zukunft wichtiges Instrument der Investitionsförderung. Daneben gibt es aber noch weitere Förderinstrumente wie die Investitionszulage, die im vergangenen Jahr mit unveränderten Fördersätzen und einer Ausweitung auf das Beherbergungsgewerbe bis 2009 verlängert wurde.

Zunehmend an Bedeutung gewinnen auch die Maßnahmen der Innovationsförderung, um zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Hier engagiert sich die Bundesregierung im Rahmen des mit 6 Mrd. Euro ausgestatteten Programms „Neue Impulse für Innovation und Wachstum“ auch in einzelnen Programmen wie z. B. INNO-WATT, PRO INNO und der Innovationsinitiative für die Neuen Länder „Unternehmen Region“. Wichtig ist, dass alle Maßnahmen jeweils flexibel an die sich ändernden Rahmenbedingungen angepasst werden, um die größtmögliche Wirkung zu erzielen. Darüber hinaus verstärkt die Bundesregierung ihre Anstrengungen in der Investorenwerbung, um ausländische Unternehmensansiedlungen für die neuen Länder zu gewinnen.

3. Warum setzt sich – zusätzlich zu den Wirkungen des ohnehin zu beobachtenden demografischen Wandels – die Abwanderung junger Menschen aus den Neuen Ländern fort?

Die demografische Entwicklung in Ostdeutschland zeigt seit Jahren einen Bevölkerungsrückgang bei gleichzeitiger Alterung. Dies ist zum einen durch die natürlichen Bevölkerungsbewegungen – wegen starker Geburtenrückgänge und abnehmender Sterblichkeit –, zum anderen auch durch Wanderungsverluste bedingt. Dabei ist die regionale Entwicklung insbesondere im Hinblick auf die Wanderungsbewegungen durchaus sehr unterschiedlich.

Um sinkenden Bevölkerungszahlen insbesondere durch Abwanderung junger und qualifizierter Menschen entgegenzuwirken und Anreize für Zu- und Rückwanderung zu schaffen, muss deshalb verstärkt darauf geachtet werden, die Attraktivität der betroffenen Regionen oder Städte zu steigern. Gute Beschäftigungsperspektiven, die regionale Ausstattung mit sozialer Infrastruktur, die Bewertung der Lebensqualität und auch das regionale Image sind wichtige Determinanten für die Entscheidung zu kommen und zu bleiben. Auf eine Stärkung dieser Faktoren zielt die Bundesregierung mit dem Ende 2006 aufgelegten Sonderprogramm „Bildung, Beschäftigung und Teilhabe“ ab, das Maßnahmen zur Förderung von benachteiligten Stadtteilen mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen insbesondere für die dort lebende jüngere Generation und für Langzeitarbeitslose vereinigt.

Darüber hinaus leistet die Bundesregierung erhebliche Anstrengungen zur Stabilisierung des Ausbildungsmarkts und wirkt damit auch der Abwanderung junger Menschen entgegen. Mit dem Ausbildungsplatzprogramm Ost haben Bund und Länder für das Vermittlungsjahr 2006/2007 rund 13 000 Lehrstellen für junge Menschen in den neuen Ländern geschaffen. Die Bundesregierung stellt für die Programmlaufzeit von September 2006 bis Dezember 2009 insgesamt 88 Mio. Euro bereit. Die 13 000 Programmplätze konnten im vorgesehenen Zeitraum für den Maßnahmebeginn (1. September 2006 bis 1. Februar 2007) vollständig ausgeschöpft bzw. besetzt werden. Außerdem soll mit dem Ausbildungsstrukturprogramm JOBSTARTER ein Beitrag geleistet werden, die regionalen Ausbildungsstrukturen zu unterstützen. Gleichzeitig soll das Bewusstsein bei den verantwortlichen Akteuren und den Betrieben dafür gestärkt werden, dass betriebliche Ausbildung ein wesentliches Instrument zur Sicherung des auch mittel- und langfristigen Fachkräftebedarfs darstellt.

Tatsächlich ist das Phänomen der Mobilität gerade junger Menschen aber nicht nur zwischen den neuen Ländern und den alten Ländern, sondern auch zwischen einzelnen neuen bzw. einzelnen alten Ländern oder auch zwischen verschiedenen Regionen in größeren Flächenländern zu verzeichnen. Die Mobilität gerade der Jugendlichen zeigt insoweit auch, dass diese zu erheblichen persönlichen Anstrengungen bereit sind, wenn es darum geht, die eigenen beruflichen Perspektiven zu sichern.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333